

An die
Mitglieder des Kreistages
des Kreises Warendorf

Warendorf, den 14.06.2021

Einladung

**zur Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 25.06.2021, um 11:00 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie ein zur nächsten Sitzung des Kreistages

**am Freitag, dem 25.06.2021, um 11:00 Uhr,
im Forum der Sparkasse Münsterland Ost, Freckenhorster Straße 69,
48231 Warendorf.**

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 2** Bericht der Verwaltung
- 3** Aktuelle Corona-Lage / Modellregion

175/2021

- | | | |
|-----------|--|-------------------|
| 4 | <p>Öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) zwischen dem Kreis Warendorf und den Gemeinden Ostbevern und Everswinkel bzgl. der Aushändigung von ausländerrechtlichen Dokumenten</p> <p><i>Versandt zu Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz am 14.06.2021</i></p> | 144/2021 |
| 5 | <p>Einsatz einer Mobilfunkkoordinatorin oder eines Mobilfunkkoordinators zur Umsetzung des flächendeckenden Mobilfunkausbaus (4G/5G) im Kreis Warendorf</p> <p><i>Versandt zu Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 15.06.2021</i></p> | 164/2021 |
| 6 | <p>Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf - Kreis Gütersloh</p> <p><i>Versandt zu Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung am 11.06.2021</i></p> | 013/2021 |
| 7 | <p>Verwendung der Ausschüttungsbeträge der Sparkasse Münsterland Ost</p> <p><i>Versandt zur Sitzung des Kreisausschusses am 25.06.2021</i></p> | 148/2021 |
| 8 | <p>Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2020</p> <p><i>Versandt zu Sitzung des Finanzausschusses am 16.06.2021</i></p> | 167/2021 |
| 9 | <p>Regelung über die Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO</p> <p><i>Versandt zu Sitzung des Finanzausschusses am 16.06.2021</i></p> | 118/2021 |
| 10 | <p>Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der WVG gem. § 108a GO NRW</p> <p><i>Versandt zur Sitzung des Kreisausschusses am 25.06.2021</i></p> | 161/2021 |
| 11 | <p>Antrag der FWG – Die Kreistagsfraktion – auf Erarbeitung einer Resolution zum Thema "Mehr Rechte den Kommunen bei der Verkehrsführung in ihren Orten"</p> <p><i>Versandt zu Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 15.06.2021</i></p> | 170/2021 |
| 12 | <p>Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen</p> <p><i>Versandt zu Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 17.06.2021</i></p> | 147/2021 |
| 13 | <p>Anträge der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen</p> <p><i>Versandt zur Sitzung des Kreisausschusses am 25.06.2021</i></p> | 112/2021/1 |

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Olaf Gericke

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt Büro des Landrats	Nr. 175/2021
--	------------------------

Betreff:

Aktuelle Corona-Lage / Modellregion

Beratungsfolge	Termin
Kreistag Berichterstattung: LR Dr. Gericke	25.06.2021

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Die Verwaltung berichtet über die aktuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie und über den aktuellen Sachstand zum dem Thema „Modellregion“.

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr	Nr. 144/2021
---	------------------------

Betreff:

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) zwischen dem Kreis Warendorf und den Gemeinden Ostbevern und Everswinkel bzgl. der Aushändigung von ausländerrechtlichen Dokumenten

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz Berichterstattung: Herr Ltd. KRD Ralf Holtstiege	14.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: Frau Ltd. KRD Petra Schreier	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: Frau Ltd. KRD Petra Schreier	25.06.2021

Finanzielle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Produkt	Nr. 020250	Bez.
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr.	Bez.
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) 2.000 EUR b) 2.000 EUR	
1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:	2) Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:	
insgesamt:	EUR	insgesamt: EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter: EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf: EUR

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Entwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Ostbevern und Everswinkel bzgl. der Aushändigung von ausländerrechtlichen Dokumenten abzuschließen.

Erläuterungen:

Die Ausländerbehörde des Kreises Warendorf entscheidet im Laufe eines Jahres über mehr als 4.500 Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis. Zu den Tätigkeiten in dem Zusammenhang gehört die Aushändigung des elektronischen Aufenthaltstitels an die Antragsteller. Die Aushändigung erfolgte bisher immer in den Büroräumen der Ausländerbehörde persönlich an die Antragsteller oder an eine bevollmächtigte Person.

Nach dem Umzug der Ausländerbehörde aus dem Kreishaus nach Ahlen in die dort von der Bundesagentur für Arbeit angemieteten Räumlichkeiten ist die persönliche Erreichbarkeit für die betroffenen Ausländerinnen und Ausländer aus dem nördlichen Kreisgebiet (u.a. Ostbevern) umständlicher geworden. In diesem Zusammenhang hat die Ausländerbehörde angeregt, die erstellten elektronischen Aufenthaltstitel an die Städte und Gemeinden zu senden, damit diese die Aushändigung vor Ort vornehmen. Dies wäre eine deutliche Servicesteigerung. Dadurch kann den Betroffenen eine Fahrt zur Ausländerbehörde nach Ahlen erspart werden.

Die Gemeinde Ostbevern hat sich damit einverstanden erklärt, die Aushändigung der Dokumente für die Ausländerinnen und Ausländer, die in Ostbevern gemeldet sind, vorzunehmen.

Auch die Gemeinde Everswinkel hat diesen Servicegedanken aufgegriffen und möchte die Aushändigung der Dokumente ebenfalls vornehmen.

Das Verfahren soll im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für die zukünftige Zusammenarbeit rechtlich festgelegt werden.

Die Gemeinden Ostbevern und Everswinkel verpflichten sich insoweit, die Aushändigung der elektronischen Aufenthaltstitel und Reisedokumente für die Ausländerinnen und Ausländer, die in ihrem Gebiet gemeldet sind, vorzunehmen. Die Ausländerbehörde des Kreises Warendorf übersendet dafür die bei ihr eingehenden ausländerrechtlichen Dokumente unmittelbar nach Erhalt von der Bundesdruckerei an die jeweilige Gemeinde. Ebenso informiert die Ausländerbehörde die betroffenen Personen schriftlich darüber, dass die Dokumente eingetroffen sind und nunmehr im Bürgerbüro der für sie zuständigen Gemeinde (Ostbevern oder Everswinkel) abgeholt werden können.

Für eine solche Aufgabenübertragung sieht § 23 Abs. 4 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit in Nordrhein-Westfalen (GkG NRW) eine angemessene Entschädigung vor.

Im Austausch mit den Gemeinden Ostbevern und Everswinkel wird eine Gebührenbeteiligung von 5 € pro Aushändigungsfall vereinbart. Ein Aushändigungsfall bezeichnet die Aushändigung von ausländerrechtlichen Dokumenten (elektronischer Aufenthaltstitel; Reiseausweis) an eine Person. Dabei ist unerheblich, wie viele Dokumente für diese Person auszuhändigen sind.

Jährlich ist somit in etwa mit einem Kostenerstattungsbeitrag an die Gemeinde Ostbevern i.H.v. ca. 1.000 € zu rechnen. Auch für die Gemeinde Everswinkel ist ein Kostenerstattungsbeitrag von ca. 1.000 € zu erwarten.

Die Gemeinden werden nach Ablauf eines Jahres mitteilen, wie viele Aushändigungsfälle sie übernommen haben und dementsprechend wird die Gebührenbeteiligung errechnet.

Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Ausgabe von elektronischen Aufenthaltstiteln und Reisedokumenten, ausgestellt durch das Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr (Sachgebiet Ausländerbehörde) des Kreises Warendorf, an die in Everswinkel gemeldeten Ausländerinnen und Ausländer durch das Bürgerbüro der Gemeinde Everswinkel

Zwischen der Gemeinde Everswinkel, vertreten durch den Bürgermeister, Am Magnusplatz 30, 48351 Everswinkel, und dem Kreis Warendorf, vertreten durch den Landrat, Waldenburger Str. 2, 48231 Warendorf, wird gemäß §§ 23 ff des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit in Nordrhein-Westfalen (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV.NRW. S.621 / SGV. NRW. 202) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 03.02.2015 (GV. NRW. S.204), folgende mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Ausgabe von elektronischen Aufenthaltstiteln und Reisedokumenten, ausgestellt durch den Kreis Warendorf, ausgehändigt durch die Gemeinde Everswinkel geschlossen:

§ 1 Vereinbarungsgegenstand

- (1) Die Gemeinde Everswinkel verpflichtet sich, für den Kreis Warendorf die in § 2 Abs. 1 beschriebenen Aufgaben durchzuführen (§ 23 Abs. 1 Var. 2 i.V.m. Abs. 2 Satz 2 GkG NRW)
- (2) Ein Übergang von Zuständigkeiten in aufenthaltsrechtlichen oder damit verbundenen passrechtlichen Angelegenheiten oder aber für ausländerrechtliche Entscheidungen auf die Gemeinde Everswinkel erfolgt nicht. Die Rechte und Pflichten des Kreises Warendorf als untere Ausländerbehörde bleiben unberührt.

§ 2 Aufgaben der Vertragsparteien

- (1) Die Ausländerbehörde des Kreis Warendorf ist nach § 71 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zuständig für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen. In diesem Zusammenhang besteht auch die Zuständigkeit für die Aushändigung von elektronischen Aufenthaltstiteln und Reisedokumenten an die betreffenden Ausländerinnen und Ausländer. Die Gemeinde Everswinkel übernimmt die Aushändigung der elektronischen Aufenthaltstitel für Ausländerinnen und Ausländer, die in ihrem Zuständigkeitsbereich gemeldet sind, und führt nachfolgende Aufgaben durch:
 - Annahme der von der Ausländerbehörde postalisch an die Gemeindeverwaltung Everswinkel versandten elektronischen Aufenthaltstitel und Reisedokumente;
 - Aushändigung der erhaltenen Aufenthaltstitel und Reisedokumente an die dort vorsprechenden Ausländerinnen und Ausländer gegen schriftliche Bestätigung des Erhalts;
 - Ggf. Einzug der von der Ausländerbehörde mit Seriennummer bezeichneten abgelaufenen Ausweisdokumente und Aufenthaltstitel.
 - postalischer Versand der Empfangsbestätigung und der eingezogenen abgelaufenen Dokumente an die Ausländerbehörde.

- sofern der Aufenthaltstitel bzw. Reiseausweis nach Ablauf von vier Wochen nicht im Bürgerbüro der Gemeinde Everswinkel abgeholt wurde, wird dieser mit einem entsprechenden Vermerk an die Ausländerbehörde zurückgesendet.
- (2) Der Kreis Warendorf verpflichtet sich, die elektronischen Aufenthaltstitel und Reiseausweise nach Erhalt von der Bundesdruckerei und anschließender eigener elektronischer Erfassung postalisch an die Gemeinde Everswinkel zu senden. Sofern Dokumente durch die Gemeinde Everswinkel einzuziehen sind, werden diese mittels Seriennummer näher bezeichnet. Er verpflichtet sich, die betreffenden Ausländerinnen und Ausländer schriftlich über die Ankunft sowie die Möglichkeit der Abholung des elektronischen Aufenthaltstitels bei der Gemeinde Everswinkel zu informieren. Darüber hinaus steht der Kreis Warendorf für evtl. Rückfragen in Einzelfällen (während der Öffnungszeiten der Gemeinde Everswinkel) an Wochentagen bis maximal 16 Uhr telefonisch zur Verfügung. An Wochenenden ist keine telefonische Verfügbarkeit vorzuhalten. An die Abholung elektronischer Aufenthaltstitel und Reisedokumente, die nach Ablauf von vier Wochen nicht in Everswinkel abgeholt wurden, wird seitens des Kreises Warendorf erinnert. Die Abholung kann dann nur in den Räumlichkeiten der Ausländerbehörde in Ahlen erfolgen. Zu diesem Zweck übersendet die Gemeinde Everswinkel die nicht abgeholtten Dokumente nach Ablauf von vier Wochen zurück an die Ausländerbehörde.

§ 3 Qualitätsstandard, Qualitätsverbesserungen

- (1) Die Gemeinde Everswinkel und der Kreis Warendorf sind bestrebt, den oben beschriebenen Service stets fortzuentwickeln. Zu diesem Zweck finden regelmäßige Gespräche statt.
- (2) Die Vertragspartner nennen gegenseitig konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und Erreichbarkeiten. Änderungen der Kontaktdaten werden dem Vertragspartner jeweils unmittelbar mitgeteilt.

§ 4 Kostenerstattung

- (1) Die durch die Gemeinde Everswinkel übernommenen Tätigkeiten werden in Form einer Pauschale je Aushändigungsfall gegenüber der Ausländerbehörde des Kreises Warendorf abgerechnet. Die Pauschale beträgt 5,00 € je Aushändigungsfall. Die Pauschale berücksichtigt, dass einzelne Aushändigungsfälle auch die Aushändigung von zwei Dokumenten (elektronischer Aufenthaltstitel und Reisedokument) beinhalten können.
- (2) Die Pauschale wird zum Ende eines Jahres (31.12.) fällig. Zur Abrechnung teilt die Gemeinde Everswinkel der Ausländerbehörde des Kreises Warendorf mit, wie viele Aushändigungsfälle im jeweiligen Kalenderjahr in Everswinkel durchgeführt wurden.
- (3) Eine Änderung des Erstattungsbetrages pro Fall kann schriftlich vereinbart werden. Hierzu bedarf es keiner Änderung der vorliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.
- (4) Sollte dieser Vertrag zukünftig von der Finanzverwaltung als umsatzsteuerpflichtig angesehen werden, geht dieses Steuerrisiko (derzeit 19 % USt) zu Lasten des Kreises Warendorf.

§ 5 Datenschutz

Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen werden von der Gemeinde Everswinkel eingehalten. Da die Gemeinde Everswinkel die Dienstleistung für den Kreis Warendorf durchführt, ist es erforderlich, die Daten -insbesondere zum Aufenthaltsrecht- der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer an die Gemeinde Everswinkel weiterzugeben. Das Speichern, Nutzen und Übermitteln von personenbezogenen Daten ist nur in dem Umfang zulässig, als dass die Daten zur Erfüllung der in § 2 dieser Vereinbarung normierten Aufgaben erforderlich sind. Die mit der Bearbeitung dieser Daten befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Dritten gegenüber zur Geheimhaltung der Daten verpflichtet. Evtl. gespeicherte Daten sind zu löschen, wenn ihre Kenntnis zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.

§ 6 Haftung

Die Gemeinde Everswinkel haftet nicht für Schäden, die aufgrund eines nicht von ihr zu vertretenden Mangels verursacht worden sind.

§ 7 Laufzeit

Diese Vereinbarung wird am Tage nach der Bekanntgabe im Amtsblatt der Bezirksregierung Münster wirksam. Die Vereinbarung gilt bis zum 31.12.2025. Sie verlängert sich um jeweils 1 Jahr, wenn sie nicht spätestens 6 Monate vor ihrem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt wird.

§ 8 Kündigung aus wichtigem Grund

Die Vereinbarung kann abweichend von § 7 aus wichtigem Grund jederzeit mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende gekündigt werden. Ein wichtiger Grund ist dann gegeben, wenn die Fortsetzung der Vereinbarung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen für eine der beiden Vertragsparteien nicht mehr zumutbar ist.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere auch dann vor, wenn der in § 3 genannte Qualitätsstandard nicht kontinuierlich erreicht wird sowie wenn die Verpflichtungen aus § 2 wiederholt nicht oder unvollständig geleistet werden.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam oder nicht durchführbar sein, so werden die übrigen Bestimmungen nicht berührt. Der Kreis Warendorf und die Gemeinde Everswinkel sichern für diesen Fall zu, die getroffene Regelung durch eine wirksame oder durchführbare, dem Sinn der Vereinbarung entsprechende Regelung zu ersetzen, durch die der beabsichtigte Vereinbarungszweck erreicht wird. Entsprechendes gilt für Regelungslücken in der Vereinbarung.

Kreis Warendorf
Der Landrat

Warendorf, den _____ 2021

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Gemeinde Everswinkel
Der Bürgermeister

Everswinkel, den _____ 2021

Sebastian Seidel
Bürgermeister

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Ausgabe von elektronischen Aufenthaltstiteln und Reisedokumenten, ausgestellt durch das Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr (Sachgebiet Ausländerbehörde) des Kreises Warendorf, an die in Ostbevern gemeldeten Ausländerinnen und Ausländer durch das Bürgerbüro der Gemeinde Ostbevern

Zwischen der Gemeinde Ostbevern, vertreten durch den Bürgermeister, Am Rathaus 1, 48346 Ostbevern, und dem Kreis Warendorf, vertreten durch den Landrat, Waldenburger Str. 2, 48231 Warendorf, wird gemäß §§ 23 ff des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit in Nordrhein-Westfalen (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV.NRW. S.621 / SGV. NRW. 202) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 03.02.2015 (GV. NRW. S.204), folgende mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Ausgabe von elektronischen Aufenthaltstiteln und Reisedokumenten, ausgestellt durch den Kreis Warendorf, ausgehändigt durch die Gemeinde Ostbevern geschlossen:

§ 1 Vereinbarungsgegenstand

- (1) Die Gemeinde Ostbevern verpflichtet sich, für den Kreis Warendorf die in § 2 Abs. 1 beschriebenen Aufgaben durchzuführen (§ 23 Abs. 1 Var. 2 i.V.m. Abs. 2 Satz 2 GkG NRW)
- (2) Ein Übergang von Zuständigkeiten in aufenthaltsrechtlichen oder damit verbundenen passrechtlichen Angelegenheiten oder aber für ausländerrechtliche Entscheidungen auf die Gemeinde Telgte erfolgt nicht. Die Rechte und Pflichten des Kreises Warendorf als untere Ausländerbehörde bleiben unberührt.

§ 2 Aufgaben der Vertragsparteien

- (1) Die Ausländerbehörde des Kreis Warendorf ist nach § 71 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zuständig für aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen. In diesem Zusammenhang besteht auch die Zuständigkeit für die Aushändigung von elektronischen Aufenthaltstiteln und Reisedokumenten an die betreffenden Ausländerinnen und Ausländer. Die Gemeinde Ostbevern übernimmt die Aushändigung der elektronischen Aufenthaltstitel für Ausländerinnen und Ausländer, die in ihrem Zuständigkeitsbereich gemeldet sind, und führt nachfolgende Aufgaben durch:
 - Annahme der von der Ausländerbehörde postalisch an die Gemeindeverwaltung Ostbevern versandten elektronischen Aufenthaltstitel und Reisedokumente;
 - Aushändigung der erhaltenen Aufenthaltstitel und Reisedokumente an die dort vorsprechenden Ausländerinnen und Ausländer gegen schriftliche Bestätigung des Erhalts;
 - Ggf. Einzug der von der Ausländerbehörde mit Seriennummer bezeichneten abgelaufenen Ausweisdokumente und Aufenthaltstitel.
 - postalischer Versand der Empfangsbestätigung und der eingezogenen abgelaufenen Dokumente an die Ausländerbehörde.

- sofern der Aufenthaltstitel bzw. Reiseausweis nach Ablauf von vier Wochen nicht im Bürgerbüro der Gemeinde Ostbevern abgeholt wurde, wird dieser mit einem entsprechenden Vermerk an die Ausländerbehörde zurückgesendet.
- (2) Der Kreis Warendorf verpflichtet sich, die elektronischen Aufenthaltstitel und Reiseausweise nach Erhalt von der Bundesdruckerei und anschließender eigener elektronischer Erfassung postalisch an die Gemeinde Ostbevern zu senden. Sofern Dokumente durch die Gemeinde Ostbevern einzuziehen sind, werden diese mittels Seriennummer näher bezeichnet. Er verpflichtet sich, die betreffenden Ausländerinnen und Ausländer schriftlich über die Ankunft sowie die Möglichkeit der Abholung des elektronischen Aufenthaltstitels bei der Gemeinde Ostbevern zu informieren. Darüber hinaus steht der Kreis Warendorf für evtl. Rückfragen in Einzelfällen (während der Öffnungszeiten der Gemeinde Ostbevern) an Wochentagen bis maximal 16 Uhr telefonisch zur Verfügung. An Wochenenden ist keine telefonische Verfügbarkeit vorzuhalten. An die Abholung elektronischer Aufenthaltstitel und Reisedokumente, die nach Ablauf von vier Wochen nicht in Ostbevern abgeholt wurden, wird seitens des Kreises Warendorf erinnert. Die Abholung kann dann nur in den Räumlichkeiten der Ausländerbehörde in Ahlen erfolgen. Zu diesem Zweck übersendet die Gemeinde Ostbevern die nicht abgeholten Dokumente nach Ablauf von vier Wochen zurück an die Ausländerbehörde.

§ 3 Qualitätsstandard, Qualitätsverbesserungen

- (1) Die Gemeinde Ostbevern und der Kreis Warendorf sind bestrebt, den oben beschriebenen Service stets fortzuentwickeln. Zu diesem Zweck finden regelmäßige Gespräche statt.
- (2) Die Vertragspartner nennen gegenseitig konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und Erreichbarkeiten. Änderungen der Kontaktdaten werden dem Vertragspartner jeweils unmittelbar mitgeteilt.

§ 4 Kostenerstattung

- (1) Die durch die Gemeinde Ostbevern übernommenen Tätigkeiten werden in Form einer Pauschale je Aushändigungsfall gegenüber der Ausländerbehörde des Kreises Warendorf abgerechnet. Die Pauschale beträgt 5,00 € je Aushändigungsfall. Die Pauschale berücksichtigt, dass einzelne Aushändigungsfälle auch die Aushändigung von zwei Dokumenten (elektronischer Aufenthaltstitel und Reisedokument) beinhalten können.
- (2) Die Pauschale wird zum Ende eines Jahres (31.12.) fällig. Zur Abrechnung teilt die Gemeinde Ostbevern der Ausländerbehörde des Kreises Warendorf mit, wie viele Aushändigungsfälle im jeweiligen Kalenderjahr in Ostbevern durchgeführt wurden.
- (3) Eine Änderung des Erstattungsbetrages pro Fall kann schriftlich vereinbart werden. Hierzu bedarf es keiner Änderung der vorliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.
- (4) Sollte dieser Vertrag zukünftig von der Finanzverwaltung als umsatzsteuerpflichtig angesehen werden, geht dieses Steuerrisiko (derzeit 19 % USt) zu Lasten des Kreises Warendorf.

§ 5 Datenschutz

Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen werden von der Gemeinde Ostbevern eingehalten. Da die Gemeinde Ostbevern die Dienstleistung für den Kreis Warendorf durchführt, ist es erforderlich, die Daten -insbesondere zum Aufenthaltsrecht- der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer an die Gemeinde Ostbevern weiterzugeben. Das Speichern, Nutzen und Übermitteln von personenbezogenen Daten ist nur in dem Umfang zulässig, als dass die Daten zur Erfüllung der in § 2 dieser Vereinbarung normierten Aufgaben erforderlich sind. Die mit der Bearbeitung dieser Daten befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Dritten gegenüber zur Geheimhaltung der Daten verpflichtet. Evtl. gespeicherte Daten sind zu löschen, wenn ihre Kenntnis zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.

§ 6 Haftung

Die Gemeinde Ostbevern haftet nicht für Schäden, die aufgrund eines nicht von ihr zu vertretenden Mangels verursacht worden sind.

§ 7 Laufzeit

Diese Vereinbarung wird am Tage nach der Bekanntgabe im Amtsblatt der Bezirksregierung Münster wirksam. Die Vereinbarung gilt bis zum 31.12.2025. Sie verlängert sich um jeweils 1 Jahr, wenn sie nicht spätestens 6 Monate vor ihrem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt wird.

§ 8 Kündigung aus wichtigem Grund

Die Vereinbarung kann abweichend von § 7 aus wichtigem Grund jederzeit mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende gekündigt werden. Ein wichtiger Grund ist dann gegeben, wenn die Fortsetzung der Vereinbarung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen für eine der beiden Vertragsparteien nicht mehr zumutbar ist.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere auch dann vor, wenn der in § 3 genannte Qualitätsstandard nicht kontinuierlich erreicht wird sowie wenn die Verpflichtungen aus § 2 wiederholt nicht oder unvollständig geleistet werden.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam oder nicht durchführbar sein, so werden die übrigen Bestimmungen nicht berührt. Der Kreis Warendorf und die Gemeinde Ostbevern sichern für diesen Fall zu, die getroffene Regelung durch eine wirksame oder durchführbare, dem Sinn der Vereinbarung entsprechende Regelung zu ersetzen, durch die der beabsichtigte Vereinbarungszweck erreicht wird. Entsprechendes gilt für Regelungslücken in der Vereinbarung.

Kreis Warendorf
Der Landrat

Warendorf, den _____ 2021

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Gemeinde Ostbevern
Der Bürgermeister

Ostbevern, den _____ 2021

Karl Piochowiak
Bürgermeister

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Gigabit.WAF Breitbandbüro	Nr. 164/2021
--	------------------------

Betreff:

Einsatz einer Mobilfunkkoordinatorin oder eines Mobilfunkkoordinators zur Umsetzung des flächendeckenden Mobilfunkausbaus (4G/5G) im Kreis Warendorf

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für Digitalisierung Berichterstattung: Dr. Herbert Bleicher, Ralf Hübscher	15.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: Dr. Herbert Bleicher	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: Dr. Herbert Bleicher	25.06.2021

Finanzielle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Produkt	Nr. 120120	Bez. Breitbandbüro
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr. 11	Bez. Personalaufwendungen
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) 0 EUR b) 75700 EUR (abhängig vom tats. Einstellungszeitpunkt, weitestgehend refinanziert mit Landesförderung)	
1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:	2) Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:	
insgesamt:	EUR	insgesamt: EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter: EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf: EUR

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Digitalisierung stimmt der Einstellung einer Mobilfunkkoordinatorin oder eines Mobilfunkkoordinators im Rahmen des Landesförderprogramms für den Förderzeitraum von drei Jahren im Breitbandbüro des Kreises Warendorf zu.

Erläuterungen:

1) Einleitung

Für das digital vernetzte und mobile Leben und Arbeiten im Kreis Warendorf ist eine gute Mobilfunkversorgung eine zentrale Voraussetzung. Ein guter Mobilfunkempfang in der Fläche ist für viele Anwendungen von sehr hoher Bedeutung – sei es in der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, in Industrie und Handwerk, im Bereich Verkehr/Mobilität, im Tourismus oder auch in Bereichen der Daseinsvorsorge wie beispielsweise in der Gesundheitsversorgung. Neben der generellen Verfügbarkeit von mobiler Telefonie wird hierbei im Zuge einer fortschreitenden Digitalisierung insbesondere auch die mobile Datenanbindung immer wichtiger.

Die Technologie entwickelt sich schnell weiter und ermöglicht neue Nutzungen. Dementsprechend steigt seit Jahren das benötigte mobile Datenvolumen deutlich an, und zwar so schnell, dass der erforderliche Auf- und Ausbau der Infrastruktur nicht überall mithält.

Dies kann ein Grund dafür sein, dass die Mobilfunkversorgung trotz eines immensen Infrastrukturausbaus als nicht besser wahrgenommen wird, sondern teilweise sogar schlechter beurteilt wird. Insbesondere Unternehmen sind aber auf eine gute Mobilfunkversorgung angewiesen, um Chancen der Digitalisierung ergreifen zu können. Auch aus dem privaten Bereich ist die Mobilfunknutzung nicht mehr wegzudenken. Eine flächendeckende und leistungsstarke Mobilfunkversorgung ist damit ein wichtiger Standortfaktor für den Kreis Warendorf.

Um den steigenden Anforderungen und dem vermehrten Datenverkehr gerecht zu werden, ist grundsätzlich der weitere Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur durch die Netzbetreiber erforderlich. Zwar sind Kommunen inzwischen stärker in die Planungen der Netzbetreiber eingebunden als früher. Dennoch reagieren sie eher einzelfallbezogen auf Anfragen.

Die Netzbetreiber beklagen noch immer schleppende und zeitaufwändige Verfahren zur Standortsuche und -genehmigung. Dies liegt nicht nur an restriktiven Auflagen aus verschiedenen Fachressorts, sondern auch an teilweise unklaren Zuständigkeiten und komplexen Verfahren. Zum Leidwesen aller Beteiligten und zum Nachteil der Endkundinnen und Endkunden dauert es so häufig sehr lange von der Bedarfsfeststellung neuer Sendestandorte bis zu deren Inbetriebnahme.

Der Kreis Warendorf sollte die Chance nutzen, den Mobilfunkausbau fundiert, vorausschauend und systematisch durch den Einsatz einer Mobilfunkkoordinatorin oder eines Mobilfunkkoordinators zu begleiten. Nur dann kann der Kreis eigene konkrete Versorgungsziele einbringen und dazu beitragen, dass die Mobilfunkversorgung bedarfsgerecht und zügig verbessert wird.

Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW (MWIDE NRW) hat den Entwurf einer Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren für den flächendeckenden Ausbau von Mobilfunknetzen erstellt. Mit dieser Richtlinie wird erstmalig eine langjährige Forderung insbesondere vom Landkreistag NRW zur Aufnahme von Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren in die

Landesförderung aufgegriffen.

Sowohl der Mobilfunkpakt NRW als auch die Förderrichtlinie zur Mobilfunkförderung des Bundes (im Entwurf) zielen zunächst auf einen flächendeckenden 4G/LTE-Ausbau ab, der anschließend den 5G-Ausbau nach sich zieht, da so möglichst schnell, vorhandene Funklöcher geschlossen werden können.

2) Verortung, allgemeine Aufgaben und Förderhöhe

Auch die Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren sollen wie die Gigabitkoordinatorinnen und Gigabitkoordinatoren auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in NRW verortet werden (Ziff. 2 des Entwurfs). Die Rolle der Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren soll sich in erster Linie auf koordinierende Tätigkeiten zwischen den Mobilfunkunternehmen, den Kommunen, den Bezirksregierungen und dem Land fokussieren, daneben sind auch aktive Steuerungen, Identifizierung von Versorgungsdefiziten, Gesamtdarstellungen, Beratungstätigkeiten und der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit als mögliche Handlungsfelder umfasst. Im Einzelnen werden die möglichen Aufgaben unter Ziff. 4.2 in dem Richtlinienentwurf dargelegt.

Es ist ein Höchstbetrag für die Förderung in Höhe von 210.000 € für 36 Monate (d.h.: 70.000 € pro Jahr) vorgesehen (Ziff. 5.4 des Richtlinienentwurfs). Zuwendungsfähig sind Personalausgaben und Ausgaben für Fremdleistungen.

Voraussichtlich wird es auf dem Feld der Mobilfunkkoordination im Gegensatz zur Gigabitkoordination rein praktisch weniger um die Generierung und Umsetzung von Fördermitteln bzw. Fördermittelanträgen gehen, sondern um Koordination (vor allem auch in die gemeindliche Ebene hinein), Enabling und auch Öffentlichkeitsarbeit sowie Kommunikation mit politischen Gremien.

3) Gegenstand der Förderung, Zuwendungsempfänger und detaillierte Aufgabenstellungen

Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen für den Einsatz von Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen.

Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger sind Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen.

Die Mobilfunkkoordinatorin oder der Mobilfunkkoordinator hat die Aufgabe, den gesamten Kreis einschließlich der kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte bei der Umsetzung des Ausbaus mit flächendeckenden Mobilfunknetzen in allen Belangen zu unterstützen.

Vordringliche Aufgaben sind:

- a) Koordinierende Stelle, die für die Mobilfunknetzbetreiber, die Tower Companies, die Kommunen, Bezirksregierungen und das Land ein zentraler Ansprechpartner für Mobilfunkfragen ist.
- b) Aktive Steuerung der Akteure vor Ort, insbesondere Unterstützung bei Genehmigungsmanagement mit dem Ziel der Verfahrensbeschleunigung und der Bereitstellung öffentlicher Liegenschaften. Zudem sollen weitere Ansprechpartner identifiziert werden, z. B. in den Bereichen Genehmigungsverfahren, Denkmalschutz oder kommunale Liegenschaften und diese in den Ausbauprozess eingebunden werden.
- c) Eine Gesamtdarstellung über den flächendeckenden Ausbau mit Mobilfunknetzen. Hierzu gehört unter anderem ein Abgleich der aktuellen Versorgung mit dem Bedarf im Ausbaubereich und in den angrenzenden Kommunen beziehungsweise Kreisen sowie die Erstellung eines Handlungskonzepts unter Berücksichtigung der Potenziale digitaler Prozesse.
- d) Funktion einer Clearingstelle Mobilfunk auf lokaler Ebene im jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

Zu den einzelnen Aufgaben können zum Beispiel gehören:

- a) Identifikation kritischer Versorgungsgebiete mit Blick auf prioritäre Versorgung außerhalb der festgelegten Versorgungsaufgaben sowie von Potenzialstandorten für eigenwirtschaftlichen bzw. ggf. durch den Bund zu fördernden Ausbau.
- b) Identifizierung geeigneter öffentlicher Liegenschaften für den Mobilfunkausbau sowie Prüfung des Zugangs zu kommunalen Trägerinfrastrukturen für Small Cells und Bereitstellung der Daten für relevante Plattformen. Hierfür ist primär die Geoinformationssystem-Datenbank des Bundes zu nutzen, um eine schnelle Bereitstellung von Informationen auf Kreis- und Städteebene zu ermöglichen.
- c) Fachliche Begleitung von Antrags- und Genehmigungsverfahren des Mobilfunkausbaus.
- d) Begleitung der Planung unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts und der Zielerreichung.
- e) Beratung des Kreises, der kreisfreien Stadt und der kreisangehörigen Kommunen zu allen Belangen des Mobilfunkausbaus.
- f) Beratung von Unternehmen und Institutionen zu relevanten Themen wie zum Thema Campusnetze.
- g) Abstimmung mit Land und Bund und für den Mobilfunkausbau zuständigen Einrichtungen, z. B. der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft, sowie
- h) Abstimmung mit anderen Mobilfunkkoordinatoren, den Gigabitkoordinatoren sowie den Geschäftsstellen Gigabit bei den Bezirksregierungen.
- i) Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Information, Unterstützung bei

Durchführung von Veranstaltungen, z. B. zum Thema Akzeptanz und Immissionsschutz.

Die vorangegangenen Aufgaben sollen beispielhaft sein. Für die Förderung kommen auch andere Tätigkeiten in Betracht, sofern sie geeignet sind, den flächendeckenden Ausbau mit Mobilfunknetzen zu unterstützen.

4) Art der Finanzierung und Einsatz der Fördermittel

Es erfolgt eine Festbetragsfinanzierung mit Höchstbetragsbegrenzung.

Die Zuwendung erfolgt in der Form einer nicht rückzahlbaren Zuwendung.

Der Höchstbetrag für Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren wird auf jeweils 210.000 Euro für 36 Monate festgelegt. Die Zuwendung kann nur einmalig je Zuwendungsempfängerin und Zuwendungsempfänger gewährt werden.

Zuwendungsfähig sind Personalausgaben und Ausgaben für Fremdleistungen. Personalausgaben können nur in ihrer tatsächlich angefallenen Höhe berücksichtigt werden. Die Personalausgaben müssen den Aufgaben der Mobilfunkkoordinatorin oder des Mobilfunkkoordinators (nach Nummer 4.2) direkt zurechenbar sein.

Anlagen:

Anlage zu TOP 6 - Entwurf einer Richtlinie zur Förderung von Gigabitkoordinatorinnen und Gigabitkoordinatoren

Richtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Zuwendungen an Kreise und kreisfreie Städte zur Förderung von Gigabitkoordinatorinnen und Gigabitkoordinatoren für den flächendeckenden Ausbau gigabitfähiger Netze sowie zur Förderung von Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren für den flächendeckenden Ausbau von Mobilfunknetzen

Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
Vom Tag. Monat 2021

1.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

Das Land Nordrhein-Westfalen gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie, den §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GV. NRW. S. 803) geändert worden ist, und den hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften des Runderlasses des Finanzministeriums „Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung“ vom 30. September 2003 (MBL NRW. S. 1254) in der jeweils geltenden Fassung zu §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (im Folgenden VV zu § 23 LHO und VV zu § 44 LHO genannt), Zuwendungen für den Einsatz von Gigabitkoordinatorinnen und Gigabitkoordinatoren sowie Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren.

Ein Anspruch der Antragstellerinnen und Antragsteller auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Eine Doppelförderung sowie insbesondere eine zeitlich gleichgelagerte Förderung durch den Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk „Richtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Zuwendungen an Kreise und kreisfreie Städte für die Breitbandkoordination und für die Erstellung von Next Generation Access-Entwicklungskonzepten (NGA)“ vom 1. Juni 2016 (n. v.) ist ausgeschlossen.

2.

Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen für den Einsatz von Gigabitkoordinatorinnen und Gigabitkoordinatoren sowie Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen.

3.

Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger sind Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen.

4.

Zuwendungsvoraussetzungen

4.1

Die Gigabitkoordinatorin oder der Gigabitkoordinator hat die Aufgabe den gesamten Kreis einschließlich der kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte bei der Umsetzung des Ausbaus mit flächendeckenden Gigabit-Netzen in allen Belangen zu unterstützen.

Vordringliche Aufgaben sind:

- a) die Ausarbeitung und Umsetzung eines kreisweiten Ausbauplans, welcher insbesondere die Darstellung der Ausbauplanung für jede Schule und jedes Gewerbegebiet beinhaltet sowie
- b) die Erstellung und Verwaltung einer Geoinformationssystem-Datenbank auf Kreis- beziehungsweise Städteebene zur Planung des Ausbaus und einfachen und schnellen Bereitstellung von Informationen.

Zu den einzelnen Aufgaben können zum Beispiel gehören:

- a) Eine Gesamtdarstellung über den flächendeckenden Ausbau mit gigabitfähigen Netzen. Hierzu gehört unter anderem ein Abgleich der aktuellen Versorgung mit dem Bedarf im Ausbaubereich und in den angrenzenden Kommunen beziehungsweise Kreisen, sowie die Erstellung eines Handlungskonzepts,
- b) Beratung des Kreises, der kreisfreien Stadt und kreisangehörigen Kommune zu allen Belangen des Ausbaus und der Förderung,
- c) Akquise geeigneter Förderanträge,
- d) Fachliche Betreuung der gestellten Förderanträge,
- e) Fortschreibung der Planung unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts,
- f) Überprüfung der im Rahmen der Planung gesetzten Ziele,
- g) Aktive Steuerung der Akteure vor Ort. Neben den regionalen Gigabitkoordinatorinnen und Gigabitkoordinatoren müssen weitere Akteure wie zum Beispiel Wirtschaftsförderung, Tiefbauämter oder andere städtische Einrichtungen in den Ausbauprozess eingebunden und zuvor identifiziert werden,
- h) Öffentlichkeitsarbeit, Information sowie Schaffen von Bewusstsein über die Vorzüge von Glasfaseranbindung, Unterstützung bei der Nachfragebündelung sowie
- i) Beratung und Vorantreiben des eigenwirtschaftlichen Ausbaus.

Die vorangegangenen Aufgaben sollen beispielhaft sein. Für die Förderung kommen auch andere Tätigkeiten in Betracht, sofern sie geeignet sind, den flächendeckenden Ausbau mit gigabitfähigen Netzen zu unterstützen.

4.2

Die Mobilfunkkoordinatorin oder der Mobilfunkkoordinator hat die Aufgabe den gesamten Kreis einschließlich der kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte bei der Umsetzung des Ausbaus mit flächendeckenden Mobilfunknetzen in allen Belangen zu unterstützen.

Vordringliche Aufgaben sind:

- a) Koordinierende Stelle, die für die Mobilfunknetzbetreiber, die Tower Companies, die Kommunen, Bezirksregierungen und das Land ein zentraler Ansprechpartner für Mobilfunkfragen ist.
- b) Aktive Steuerung der Akteure vor Ort, insbesondere Unterstützung bei Genehmigungsmanagement mit dem Ziel der Verfahrensbeschleunigung und der Bereitstellung öffentlicher Liegenschaften. Zudem sollen weitere Ansprechpartner identifiziert werden, z. B. in den Bereichen Genehmigungsverfahren, Denkmalschutz oder kommunale Liegenschaften und diese in den Ausbauprozess eingebunden werden.
- c) Eine Gesamtdarstellung über den flächendeckenden Ausbau mit Mobilfunknetzen. Hierzu gehört unter anderem ein Abgleich der aktuellen Versorgung mit dem Bedarf

im Ausbaugebiet und in den angrenzenden Kommunen beziehungsweise Kreisen sowie die Erstellung eines Handlungskonzepts unter Berücksichtigung der Potenziale digitaler Prozesse.

- d) Funktion einer Clearingstelle Mobilfunk auf lokaler Ebene im jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

Zu den einzelnen Aufgaben können zum Beispiel gehören:

- a) Identifikation kritischer Versorgungsgebiete mit Blick auf prioritäre Versorgung außerhalb der festgelegten Versorgungsaufgaben sowie von Potenzialstandorten für eigenwirtschaftlichen bzw. ggf. durch den Bund zu fördernden Ausbau.
- b) Identifizierung geeigneter öffentlicher Liegenschaften für den Mobilfunkausbau sowie Prüfung des Zugangs zu kommunalen Trägerinfrastrukturen für Small Cells und Bereitstellung der Daten für relevante Plattformen. Hierfür ist primär die Geoinformationssystem-Datenbank des Bundes zu nutzen, um eine schnelle Bereitstellung von Informationen auf Kreis- und Städteebene zu ermöglichen.
- c) Fachliche Begleitung von Antrags- und Genehmigungsverfahren des Mobilfunkausbaus.
- d) Begleitung der Planung unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts und der Zielerreichung.
- e) Beratung des Kreises, der kreisfreien Stadt und der kreisangehörigen Kommunen zu allen Belangen des Mobilfunkausbaus.
- f) Beratung von Unternehmen und Institutionen zu relevanten Themen wie zum Thema Campusnetze.
- g) Abstimmung mit Land und Bund und für den Mobilfunkausbau zuständigen Einrichtungen, z. B. der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft, sowie
- h) Abstimmung mit anderen Mobilfunkkoordinatoren, den Gigabitkoordinatoren sowie den Geschäftsstellen Gigabit bei den Bezirksregierungen.
- i) Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Information, Unterstützung bei Durchführung von Veranstaltungen, z. B. zum Thema Akzeptanz und Immissionsschutz.

Die vorangegangenen Aufgaben sollen beispielhaft sein. Für die Förderung kommen auch andere Tätigkeiten in Betracht, sofern sie geeignet sind, den flächendeckenden Ausbau mit Mobilfunknetzen zu unterstützen.

5.

Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

5.1

Zuwendungsart

Die Zuwendungsart ist die Projektförderung.

5.2

Finanzierungsart

Es erfolgt eine Festbetragsfinanzierung mit Höchstbetragsbegrenzung.

5.3

Form der Zuwendung

Die Zuwendung erfolgt in der Form einer nicht rückzahlbaren Zuwendung.

5.4

Höchstbetrag

Der Höchstbetrag für Gigabitkoordinatorinnen und Gigabitkoordinatoren bzw. Mobilfunkkoordinatorinnen und Mobilfunkkoordinatoren wird auf jeweils 210 000 Euro für 36 Monate festgelegt. Die Zuwendung kann nur einmalig je Zuwendungsempfängerin und Zuwendungsempfänger gewährt werden.

5.5

Bemessungsgrundlage

Zuwendungsfähig sind Personalausgaben und Ausgaben für Fremdleistungen.

Personalausgaben können nur in ihrer tatsächlich angefallenen Höhe berücksichtigt werden.

Die Personalausgaben müssen den Aufgaben der Gigabitkoordinatorin oder des Gigabitkoordinators (nach Nummer 4.1) bzw. den Aufgaben der Mobilfunkkoordinatorin oder des Mobilfunkkoordinators (nach Nummer 4.2) direkt zurechenbar sein.

Im kommunalen Bereich muss es sich nicht um eigens für das Projekt eingestelltes Personal handeln.

Als Fremdleistungen können die Ausgaben für die Wahrnehmung der Aufgaben einer Gigabitkoordinatorin oder eines Gigabitkoordinators bzw. einer Mobilfunkkoordinatorin oder eines Mobilfunkkoordinators durch Dritte geltend gemacht werden.

6.

Verfahren

6.1

Bewilligungsbehörde

Bewilligungsbehörde ist die Bezirksregierung.

6.2

Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis, für die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderlichen Aufhebungen des Zuwendungsbescheids sowie die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen an Gemeinden Teil II der VV zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

7.

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieser Runderlass tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und am 31. März 2022 außer Kraft.

Düsseldorf, den XX. Monat 2021

Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-
Westfalen

Prof. Dr. Andreas P i n k w a r t

ENTWURF

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Amt für Planung und Naturschutz	Nr. 013/2021
--	------------------------

Betreff:

Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf - Kreis Gütersloh

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung Berichterstattung: KLD Martin Terwey	11.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: Ltd. KRD Dr. Herbert Bleicher	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: Ltd. KLD Dr. Herbert Bleicher	25.06.2021

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Gütersloh über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Entwurfes abzuschließen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen des Entwurfes der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Erläuterungen:

Zum Linienbündel Nordwest im Kreis Gütersloh gehören unter anderem ÖPNV-Leistungen in der Kommune Harsewinkel. Die Stadt Harsewinkel hat den Wunsch, das Angebot mit TaxiBussen auszuweiten und den Bürgern aus Greffen ein Angebot zu finanzieren, mit dem sie den Bahnhof Beelen erreichen. Dort besteht die Möglichkeit, die RB67 „Der Warendorfer“ nach Münster sowie Bielefeld zu erreichen.

Der Kreis Gütersloh beabsichtigt, auf der Relation Greffen (Kolpingstraße) – Beelen (Bahnhof) eine Taxibuslinie einzurichten. Diese neue Linie 45, die in einem Abschnitt auch auf dem Gebiet des Kreises Warendorf verkehrt, steht in keiner Konkurrenz zum ÖPNV-Angebot im Kreis Warendorf.

Die Vertragsparteien (Aufgabenträger) sind sich einig, dass dieser Linienabschnitt in die Vergabe des Kreises Gütersloh rechtssicher einbezogen werden soll. Die Kreise sind, jeder für sich, für die auf ihrem Gebiet liegenden Linienabschnitte rechtlich zuständiger Aufgabenträger gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG NRW und zuständige Behörde im Sinne der VO 1370/2007 und haben damit die Vergabezuständigkeit inne. Um dem Kreis Gütersloh die sachlich gewollte Mitvergabe eines Linienabschnitts im Kreis Warendorf rechtssicher zu ermöglichen, müssen die beiden Aufgabenträger eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß § 23 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) abschließen, und zwar in der Ausprägung einer Zuständigkeitsübertragung (Delegation) gemäß § 23 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 2 Satz 1 GkGNRW.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zwischen

dem Kreis Warendorf

- vertreten durch den Landrat Dr. Olaf Gericke -

und

dem Kreis Gütersloh

- vertreten durch den Landrat Sven-Georg Adenauer -

zur Einrichtung einer Taxibuslinie auf der Relation Greffen (Kolpingstraße) – Beelen (Bahnhof)

Präambel

Die Partner dieser Vereinbarung sind die Kreise Warendorf und Gütersloh als Aufgabenträger für den ÖPNV und zuständige Behörden gemäß Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 03.12.2009 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße in Verbindung mit den Regelungen des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) vom 07. März 1995 in der Fassung vom 15.12.2016. Der Kreis Gütersloh hat mit der Wahrnehmung der Aufgaben im Zusammenhang mit dem ÖPNV den Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe (VVOWL) beauftragt, der die mit dieser Vereinbarung anfallenden Aufgaben übernimmt und Ansprechpartner für den Kreis Warendorf ist.

Die Transdev Ostwestfalen GmbH (TWV) ist nach einem EU-weitem Vergabeverfahren seit 01.01.2018 Vertragspartner des Kreises Gütersloh über die Erbringung von Leistungen im ÖPNV im Bereich des Linienbündels „Nordwest“ innerhalb des Kreises Gütersloh. Der Vertrag endet am 31.07.2027. Zum Bündel Nordwest gehören u. a. ÖPNV-Leistungen in der Kommune Harsewinkel. Die Stadt Harsewinkel hat mit Betriebsaufnahme den Kreis Gütersloh beauftragt, bei der TWV bedarfsorientierte Linien (TaxiBus) im Ortsverkehr sowie ein Anruf-Sammel-Taxi (AST) innerhalb des Stadtgebietes dazu zu bestellen. Nunmehr hegt die Stadt Harsewinkel den Wunsch, das Angebot mit TaxiBussen auszuweiten und den Bürgern aus Greffen ein Angebot zu finanzieren, mit dem sie den Bahnhof Beelen erreichen. Dort besteht die Möglichkeit, die RB67 („Der Warendorfer“) nach Münster sowie Bielefeld zu erreichen.

Der Kreis Warendorf und der Kreis Gütersloh schließen daher gem. §§ 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) vom 01. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621) in der zurzeit geltenden Fassung folgende delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Befugnisübertragung

(1) Mit dieser Delegationsvereinbarung regeln die Vereinbarungspartner die Übertragung von Aufgaben und Befugnissen, die ihnen als Aufgabenträger für den straßengebundenen ÖPNV und zulässigen Behörden im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 nach § 3 Abs. 1 ÖPNVG NRW zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung zustehen.

(2) Gegenstand der Verkehre ist das Leistungsangebot aus § 2 und zwar auch soweit sie die Kommunalgrenze – hier in den Kreis Warendorf – überschreiten.

(3) In Bezug auf den in § 1 Absatz 2 genannten Verkehr gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 i.V. § 42 PBefG, überträgt der Kreis Warendorf sämtliche Aufgaben als Aufgabenträger und damit zusammenhängend die Befugnisse einer zuständigen Behörde im Sinne der Verordnung (EG) Art. 3 Abs. 1 VO 1370/ 2007 und § 3 Abs. 2 ÖPNVG NRW auf den Kreis Gütersloh. Die Parteien vereinbaren die Übertragung der Zuständigkeit im Sinne von § 23 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 GkG.

§ 2 Leistungsangebot und Finanzierung

- 1) Der Kreis Gütersloh richtet auf der Relation Greffen (Kolpingstraße) – Beelen (Bahnhof) zum 01.08.2021 eine Taxibuslinie ein. Auf dem Abschnitt besteht zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung kein ÖPNV-Angebot, das Fahrplanangebot der neuen Linie 45 gem. Anlage steht in keiner Konkurrenz zu anderen ÖPNV-Angeboten im Kreis Warendorf. Der vorläufige Fahrplan dieser Linie ist als Anlage dieser Vereinbarung beigelegt.
- 2) Für die Finanzierung der gegenständlichen Verkehrsleistung wird allein der Kreis Gütersloh aufkommen. Er beauftragt mit der Erbringung der Leistung die TWV, die sich wiederum eines Subunternehmens bedienen kann.

§ 3 Zusammenarbeit der Vereinbarungspartner

- 1) Der Kreis Gütersloh hat das Recht, Fahrten auf der Linie zu-, um- oder abzustellen oder als Regelverkehr zu bestellen. Auch kann er die Linie ganz einstellen, der Kreis Gütersloh informiert in diesem Fall den Kreis Warendorf mindestens zwei Monate vor der beabsichtigten Einstellung. Der Erhalt der Linie hängt im Wesentlichen von der Finanzierungsbereitschaft der Stadt Harsewinkel ab, die dem Kreis Gütersloh sämtliche anfallenden Kosten erstattet.
- 2) Der Kreis Gütersloh verpflichtet sich, Änderungswünsche des Kreises Warendorf zu prüfen, die für ihn ohne finanziellen Mehraufwand sind oder Änderungen an den Anschlussbeziehungen bedeuten.

- 3) Änderungen am Linienweg oder die Einrichtung weiterer Haltestellen sind zuvor mit dem Kreis Warendorf abzustimmen.
- 4) Der Kreis Warendorf ist berechtigt, Änderungen am Fahrplan oder die Einstellung der Linie zu verlangen, wenn die Leistung die Wirtschaftlichkeit anderer Linien im Kreis Warendorf nicht nur unerheblich beeinträchtigt.
- 5) Der Kreis Warendorf ist berechtigt, bei der Neuvergabe des Linienbündels Gütersloh - Nordwest (Betriebsaufnahme 01.08.2027) als Vertragspartner für die Leistung auf seinem Gebiet beteiligt zu werden, sofern die Leistung zu diesem Zeitpunkt noch auf der Linie 45 besteht und der Kreis Gütersloh den Weiterbetrieb der Linie anstrebt.
- 6) Sofern der Kreis Warendorf bestrebt ist, auf die Gestaltung der Linie 45 Einfluss zu nehmen und hierfür einen finanziellen Ausgleich zu zahlen bereit ist, vereinbaren die Aufgabenträger, eine einvernehmliche und rechtssichere Lösung herbeizuführen.
- 7) Bei einer Kündigung dieser Vereinbarung durch den Kreis Warendorf gem. § 4 Abs. 1 wird der Kreis Gütersloh die Taxibus-Linie spätestens mit Ablauf der Kündigungsfrist einstellen.

§ 4 Laufzeit und Schlussbestimmung

- 1) Die Vereinbarung läuft auf unbestimmte Zeit. Sie kann grundsätzlich mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende schriftlich gekündigt werden, jedoch erstmalig zum 31.12.2022. Ausnahmsweise kann die Vereinbarung mit einer Frist von zwei Monaten zum Monatsende gekündigt werden, wenn der Betrieb der Linie 45 eingestellt wird. Die Kündigung ist der Aufsichtsbehörde gem. § 24 Abs. 5 GkG anzuzeigen.
- 2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung beider Parteien bleibt unberührt.
- 3) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder aus tatsächlichen oder Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung der Vereinbarung für einen Aufgabenträger insgesamt unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen oder zur Ausführung einer Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Aufgabenträger angestrebten Zweck am nächsten kommt.
- 4) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung sowie Nebenabreden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am Tag nach der amtlichen Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold in Kraft.

Warendorf, den . . .2021

Für den Kreis Warendorf

.....

Landrat Dr. Olaf Gericke

Gütersloh, den . . .2021

Für den Kreis Gütersloh

.....

Landrat Sven-Georg Adenauer

Anlage

Fahrplan Linie 45

45

Greffen - Beelen

Montag bis Freitag																	
01:00	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB
											F		S				
Greffen, Kolpingstraße	00:02	05:39	06:46	07:46	08:46	09:46	10:46	11:46	12:46	13:46	14:46	15:46	16:46	17:46	18:46	19:46	20:46
Beelen, Bahnhof*	00:10	05:49	06:56	07:56	08:56	09:56	10:56	11:56	12:56	13:56	14:56	15:56	16:56	17:56	18:56	19:56	20:56
RB 67 nach WAF/ Münster ab	00:05	05:54	07:01	08:01	09:01	10:01	11:01	12:01	13:01	14:01	15:01	16:01	17:01	18:01	19:01	20:01	21:01

S: 316

F: 316

Samstag																	
01:00	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB
											W	W	W	W	W	W	W
Greffen, Kolpingstraße	00:02	07:46	08:46	09:46	10:46	11:46	12:46	13:46	14:46	15:46	16:46	17:46	18:46	19:46	20:46		
Beelen, Bahnhof*	00:10	07:56	08:56	09:56	10:56	11:56	12:56	13:56	14:56	15:56	16:56	17:56	18:56	19:56	20:56		
RB 67 nach Münster ab	00:05	08:01	09:01	10:01	11:01	12:01	13:01	14:01	15:01	16:01	17:01	18:01	19:01	20:01	21:01		

keine 316

Sonn- und Feiertag																	
01:00	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB
Greffen, Kolpingstraße	00:02	08:46	09:46	10:46	11:46	12:46	13:46	14:46	15:46	16:46	17:46	18:46	19:46	20:46			
Beelen, Bahnhof*	00:10	08:56	09:56	10:56	11:56	12:56	13:56	14:56	15:56	16:56	17:56	18:56	19:56	20:56			
RB 67 nach Münster ab	00:05	09:01	10:01	11:01	12:01	13:01	14:01	15:01	16:01	17:01	18:01	19:01	20:01	21:01			

keine 316

45

Beelen - Greffen

Montag bis Freitag																	
TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB
											F						
RB 67 von WAF/Münster an			07:02	08:02	09:02	10:02	11:02	12:02	13:02	14:17	15:02	16:02	17:02	18:02	19:02	20:02	21:02
Beelen, Bahnhof*	00:09		07:05	08:05	09:05	10:05	11:05	12:05	13:05	14:22	15:05	16:05	17:05	18:05	19:05	20:05	21:05
Greffen, Kolpingstraße	00:10		07:15	08:15	09:15	10:15	11:15	12:15	13:15	14:32	15:15	16:15	17:15	18:15	19:15	20:15	21:15

316

S: 316

Samstag																	
TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB
											W	W	W	W	W		
RB 67 von Münster an		08:00	09:00	10:00	11:00	12:00	13:00	14:00	15:00	16:00	17:00	18:00	19:00	20:00	21:00		
Beelen, Bahnhof*	00:09	08:05	09:05	10:05	11:05	12:05	13:05	14:05	15:05	16:05	17:05	18:05	19:05	20:05	21:05		
Greffen, Kolpingstraße	00:10	08:15	09:15	10:15	11:15	12:15	13:15	14:15	15:15	16:15	17:15	18:15	19:15	20:15	21:15		

keine 316

Sonn- und Feiertag																	
TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB	TB
RB 67 von Münster an		09:00	10:00	11:00	12:00	13:00	14:00	15:00	16:00	17:00	18:00	19:00	20:00	21:00			
Beelen, Bahnhof*	00:09	09:05	10:05	11:05	12:05	13:05	14:05	15:05	16:05	17:05	18:05	19:05	20:05	21:05			
Greffen, Kolpingstraße	00:10	09:15	10:15	11:15	12:15	13:15	14:15	15:15	16:15	17:15	18:15	19:15	20:15	21:15			

keine 316

W nicht am 24.12.

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Büro des Landrats und Amt für Bildung, Kultur und Sport	Nr. 148/2021
--	------------------------

Betreff:

Verwendung der Ausschüttungsbeträge der Sparkasse Münsterland Ost

Beratungsfolge	Termin
Kreisausschuss Berichterstattung: Landrat Dr. Gericke	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: Landrat Dr. Gericke	25.06.2021

Finanzielle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Produkt	Nr. 030250	Bez. Kommunales Integrationszentrum
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr. 02	Bez.
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) 300.000 EUR im Aufwand und 0 EUR Ertrag b) 300.000 EUR im Aufwand und rd. 300.000 EUR Ertrag	
1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:	2) Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:	
insgesamt:	EUR	insgesamt: EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter: EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf: EUR

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Warendorf verwendet die Ausschüttungsbeträge der Sparkasse Münsterland Ost aus ihren Jahresüberschüssen 2019 und 2020 zur Deckung der Aufwendungen 2021 und der Folgejahre für die Fortführung der durchgängigen Sprachbildung des Kreises durch das Kommunale Integrationszentrum.

Erläuterungen:

Als Folge der Änderung des Sparkassengesetzes NRW Ende 2008 erfolgt seit dem Jahr 2009 eine Ausschüttung aus dem jeweiligen Vorjahresüberschuss der Sparkasse Münsterland Ost an ihre Träger – also die kommunalen Eigentümer.

In ihrer Sitzung am 24.06.2021 wird die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Münsterland Ost voraussichtlich beschließen, für das Jahr 2019 einen Betrag von 4.262.680 € und für das Jahr 2020 von 3.755.110 € an die Mitgliedskörperschaften auszuschütten.

Der Kreis Warendorf erhält von den Ausschüttungsbeträgen an die Kommunen für das Jahr 2019 207.034 € (netto nach Abzug der Kapitalertragsteuern) und in Höhe von 182.381,84 € netto für das Jahr 2020.

Über diese Mittel kann der Kreis Warendorf allerdings – wie schon in den vergangenen Jahren – nicht nach Belieben verfügen, weil das Sparkassengesetz einen Zielkorridor vorgibt.

Danach muss der Ausschüttungsbetrag "gemeinwohlorientiert" bzw. "gemeinnützig" verwendet werden und zwar "insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport sowie Umwelt".

Mit dieser Vorgabe möchte der Gesetzgeber die Heranziehung des Ausschüttungsbetrags als allgemeines Deckungsmittel und somit eine kurzfristige Orientierung allein an fiskalischen Interessen vermeiden.

Der Kreistag des Kreises Warendorf hat dieser gesetzlichen Vorgabe ab dem Jahr 2009 Rechnung getragen, indem er beschlossen hat, die Ausschüttungsbeträge zur Finanzierung einer durchgängigen Sprachbildung zu verwenden.

Die Verwaltung schlägt vor, die Ausschüttungsbeträge aus den Jahren 2019 und 2020 für folgenden Bereich zu verwenden:

Finanzierung der Maßnahmen und Projekte der durchgängigen Sprachbildung des Kommunalen Integrationszentrums (KI)

Die durchgängige Sprachbildung des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises besteht aktuell aus den folgenden Projekten und Programmen:

Frühkindliches Integrations-Training (FIT- Projekt)

Die 3 Sprach- und Elternbildungsprogramme des FIT-Projektes streben die Förderung der Mehrsprachenkompetenz und der allgemeinen kindlichen Entwicklung unter Einbindung des Elternhauses an und konnten trotz der Einschränkungen durch Corona teils in Präsenz oder durch digitale Alternativformate fortgeführt werden. Aufgrund der positiven Auswirkungen dieser Programme auf die Sprachbildung wird den Kindern im Elementar- und Primarbereich mit Sprachförderbedarf in Deutsch und der Familiensprache vorbeugend begegnet.

Derzeit gibt es im Kreisgebiet 66 FIT-Gruppen (Griffbereit, Rucksack-Kita und Rucksack-

Schule), die in Kindertagesstätten/Familienzentren und in Grundschulen stattfinden. Im laufenden Schuljahr 2020/21 konnten über die FIT-Gruppen 468 Mütter und 481 Kinder erreicht und gefördert werden. Die Anzahl der teilnehmenden Familien hat im Vergleich zu den Vorjahren abgenommen, da an einigen Standorten pandemiebedingt keine Gruppenangebote vor Ort stattfinden konnten und zum anderen über digitale Wege nicht alle Familien erreicht werden konnten. Die kontinuierliche Ausweitung des FIT-Projektes in den Städten und Gemeinden des Kreises erfolgt in Kooperation und in Abstimmung mit den Jugendämtern in den Kommunen und nach Bedarfsmeldung aus den jeweiligen Bildungseinrichtungen.

Die Fortbildungen der Erzieherinnen und Erzieher, der pädagogischen Fachkräfte sowie der Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter zu interkulturellen und aktuellen Themen werden fortlaufend mindestens 6-7 Mal jährlich vom Kommunalen Integrationszentrum durchgeführt.

Fortbildungsreihe für pädagogische Fachkräfte in Schulen:

Ein weiteres breit angelegtes **Qualifizierungsangebot** für Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der interkulturellen Schul- und Unterrichtsentwicklung bietet das Kommunale Integrationszentrum in enger Kooperation mit dem Kompetenzteam und der Schulaufsicht für alle Schulformen an. Bis März 2020 hat das KI die Fortbildungsreihe „Vielfalt an Schulen“ für Lehrkräfte an Schulen im Kreis Warendorf in Präsenz angeboten. Coronabedingt musste die Reihe bis heute unterbrochen werden. Die zwei ausstehenden Module werden voraussichtlich im Schuljahr 2021/22 fortgeführt.

Des Weiteren bietet das KI bedarfsorientiert Qualifizierungen und Schulungen für Schulen (Pädagogische Tage, Unterricht in internationalen Förderklassen etc.) und für Förderlehrkräfte, ehrenamtliche Patinnen und Paten und Elternlotsen am Übergang Schule/Beruf an.

Sprachbildung nach dem Modell „Mercator“

Die Maßnahme, die in Zusammenarbeit mit dem Germanistischen Institut der W.W. Universität Münster und der wissenschaftlichen Begleitung kreisweit angeboten wird, wurde im Laufe der Jahre intensiviert. Sie ermöglicht Kindern und Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte Förderunterricht in Kleingruppen und zugleich Studierenden Unterrichtspraxis und Unterrichtserfahrung jeweils über die Dauer eines Schuljahres.

Das „Mercator-Projekt“ stellt im Kreis Warendorf inzwischen einen integralen und gefragten Bestandteil im Rahmen des Gesamtkonzeptes zur Integration mit dem Ziel einer durchgängigen Sprachbildung dar. Kreisweit findet der Förderunterricht im Schuljahr 2020/21 zum größten Teil im Distanzunterricht an 18 Schulen in Telgte, Warendorf, Everswinkel, Drensteinfurt, Beckum, Neubeckum, Ennigerloh, Ahlen und Oelde statt. Beteiligt sind Grundschulen, weiterführende Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II und Berufskollegs. Es werden bis zu 315 Schülerinnen und Schüler (SuS) von bis zu 63 Studierenden des Lehramtes der Universität in der Bildungssprache gefördert. Neu zugewanderte SuS werden ebenfalls im Rahmen des Projektes durch Studierende gezielt und individuell gefördert und sukzessive in den Regelunterricht integriert.

Das „Sprachhelfer-Projekt“- Intensive Sprachförderung für Seiteneinsteiger

Aufgrund der erhöhten Zuwanderung im Kreis Warendorf und den damit verbundenen

Anfragen aus Schulen nach Unterstützung im Bereich Sprachbildung entstand zu Beginn des Jahres 2014 das Projekt „Sprachhelfer“ des KI. Die Idee der Sozialraumorientierung bildet die Grundlage des Projektes. Das Kommunale Integrationszentrum sucht gemeinsam mit den Schulen geeignete Personen aus dem Sozialraum der Schule und setzt sie für Sprachförderung ein. Aufgrund der aktuellen Situation wird die Förderung der deutschen Sprache in Kleingruppen in Abstimmung mit der Schule im Wechsel in Präsenz oder digital angeboten.

Das Sprachhelfer-Projekt des KI wird auch in diesem Schuljahr von den Schulen des Kreises nach wie vor sehr gut angenommen und nachgefragt. Inzwischen unterstützen über 50 Sprachhelferinnen und Sprachhelfer 210 neu zugewanderte Kinder und Jugendliche.

Ehrenamtliche Patenschaften am Übergang Schule-Beruf

Bereits seit Mitte 2015 begleitet eine Gruppe ehrenamtlicher Patinnen und Paten Jugendliche aus Einwandererfamilien aus dem Kreis Warendorf ab der 8. Klasse bei der Berufsorientierung und auf dem Weg in eine Ausbildung oder ein Studium. Die Patengruppe wird in regelmäßigen Austauschtreffen vom KI begleitet und sie erhalten Qualifizierungsangebote zu unterschiedlichen Themen.

Viele der aktuell betreuten 14 SuS sind neu zugewandert. Begleitet werden aber auch Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte, die schon länger im Kreis Warendorf leben oder hier geboren sind. Die Jugendlichen besuchen verschiedene Schulformen wie die Sekundarschule, das Gymnasium, das Berufskolleg oder sind bereits in der Ausbildung. Nach der Begleitung durch Patinnen und Paten besteht eine Möglichkeit der Teilnahme an den Angeboten der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ beim KI mit einer professionellen Unterstützung im Rahmen eines Coachings.

Mittelbedarf und –verwendung

All diese Sprachförder- und Bildungsmaßnahmen des KI, die im FIT-Projekt alle auch eine Elternbegleitung beinhalten, schaffen wichtige Gelingensbedingungen für eine durchgehende Bildungsbiografie ohne Brüche.

Durch eine Verwendung des Ausschüttungsbetrages der Sparkasse Münsterland Ost zur Fortführung und Ausweitung der Sprachbildungsprojekte des Kreises Warendorf wird ein großer Schritt in die Richtung einer durchgängigen Sprachbildung von der frühen Bildung bis zum Übergang Schule und Beruf getan.

Durch eine solche systematische Sprachförderung über einen Zeitraum von mehr als 15 Jahren nimmt der Kreis Warendorf damit eine innovative und modellhafte Vorreiterrolle im Bereich der Integration durch Bildung ein.

Die zwei großen Sprachbildungsprojekte des KI „Förderung bildungssprachlicher Kompetenzen“ (FöBis) und „Mercator“ wurden bzw. werden bereits praxisorientiert und wissenschaftlich von der Universität Münster begleitet und weiterentwickelt. Das Projekt nach dem Modell „Mercator“ wird aber vor allem auch sukzessive auf das gesamte Kreisgebiet ausgeweitet, um eine Chancengleichheit in der Fläche zu gewährleisten und die Bildungssprache bei Kindern und Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte von Anfang an unterrichtsbegleitend zu fördern.

Es ist davon auszugehen, dass die Sprachbildungsmaßnahmen auch in den kommenden Jahren einen Finanzbedarf von mindestens 300.000 € jährlich haben werden.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Ausschüttungsbeträge aus den Jahresüberschüssen 2019 und 2020 in Höhe von **389.415,84 €** für die Fortführung und Ausweitung der Projekte zur durchgängigen Sprachbildung und zur Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte, Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter, Patinnen und Paten, Sprachhelferinnen und Sprachhelfer, Elternlotsinnen und Elternlotsen etc. zu verwenden.

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 167/2021
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2020

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	16.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	25.06.2021

Finanzielle Auswirkungen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein

Beschlussvorschlag:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Erläuterungen:

Im Jahresabschluss 2020 zeigen sich über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die dem Kreistag gemäß § 53 Abs. 1 KrO i. V. m. § 83 Abs. 2 GO noch zur Kenntnisnahme vorzulegen sind.

Eine Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird nachgesandt.

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 118/2021
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Regelung über die Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	16.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: Herr KD/KK Dr. Funke	25.06.2021

Finanzielle Auswirkungen: ☐ ja ☒ nein

Beschlussvorschlag:

Der im Entwurf beiliegenden überarbeiteten Regelung über Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO NRW wird zugestimmt.

Erläuterungen:

Durch das erste NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) wurde unter anderem auch § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) und somit die darin enthaltenen Regelungen zu Ermächtigungsübertragungen geändert. Im Zuge einer weiteren Aktualisierung wurde das Haushaltsrecht nochmals überarbeitet. Aus der Gemeindehaushaltsverordnung wurde die Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO). Die Regelung des § 22 wurde jedoch nicht geändert.

Eine Ermächtigungsübertragung ist die Übertragung von nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmitteln in das folgende Haushaltsjahr bzw. die folgenden Haushaltsjahre.

Seit der ersten Weiterentwicklung des NKF regelt der Landrat mit Zustimmung des Vertretungsorgans, also des Kreistags, die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen. Diese Zustimmung hat der Kreistag erstmals mit Beschluss vom 14.12.2012 (siehe Vorlage 342/2012) erteilt. Der Landrat hat die Regelung im Anschluss in Kraft gesetzt.

Die Übertragung von Aufwendungen (konsumtive Mittelübertragungen) in das Folgejahr war der Regelung entsprechend nur noch möglich, wenn die Lieferung bzw. Leistung noch im alten Haushaltsjahr beauftragt worden war. Durch die Förderprogramme des Kommunalinvestitionsfördergesetzes hat sich herausgestellt, dass die Regelung überarbeitet werden muss. Die Fördermaßnahmen wurden einmalig im Aufwand veranschlagt und mit der 90prozentigen Förderquote eingeplant. Soweit die Beauftragung der Maßnahmen im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht erfolgte, wurden die Aufwendungen übertragen. Diese pragmatische Lösung wird allerdings durch die geltende Regelung des Kreises Warendorf nicht gedeckt. Daher hat das Rechnungsprüfungsamt im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 empfohlen, die Regelung zu Ermächtigungsübertragungen anzupassen.

Dieser neue Regelungsentwurf (**Anlage 1**) sieht aufgrund dieser Erfahrungen Ausnahmen vor (s. Ziff. 1), die jedoch weiterhin restriktiv angewandt werden sollen. Ebenso wurde die redaktionelle Rechtsanpassung (GemHVO – KomHVO) vorgenommen. Eine Synopse (**Anlage 2**) stellt die Änderungen gegenüber.

**Regelung über Art, Umfang und Dauer
von Ermächtigungsübertragungen
gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO NRW**

Der Haushaltsplan enthält Ermächtigungen, Aufwendungen einzugehen und Auszahlungen zu leisten. Sollten am Jahresende noch Mittel verfügbar sein, können diese Ermächtigungen nach folgenden Grundsätzen übertragen werden:

1. Übertragung für konsumtive Aufwendungen

Ermächtigungen für konsumtive Aufwendungen und die dazugehörigen Auszahlungen sind nur dann in das Folgejahr übertragbar, wenn durch das Fachamt nachgewiesen wird, dass der Auftrag über die Lieferung / Leistung bereits im Haushaltsjahr erfolgte. Sie bleiben nach Übertragung bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. **Im Ausnahmefall (z. B. bei Aufwendungen für Förderprogramme) können die Mittel auch ohne einen Auftrag und für einen längeren Zeitraum übertragen werden.**

2. Übertragungen für Investitionen

Ermächtigungsübertragungen für Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen jedoch längstens 2 Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungsübertragungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahres verfügbar.

3. Übertragungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung

Sind Erträge oder Einzahlungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen zweckgebunden, bleiben die entsprechenden Ermächtigungsübertragungen zur Leistung von Aufwendungen bis zur Erfüllung des Zwecks und die Ermächtigungsübertragungen zur Leistung von Auszahlungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar.

4. Verfahren

Ermächtigungsübertragungen nach den Nummern 1-3 sind schriftlich zu beantragen und zwingend zu begründen. Ebenfalls ist anzugeben, wann die Mittel voraussichtlich kassenwirksam ausgezahlt werden. Die Frist der Beantragung regelt die jeweilige Verfügung zum Jahresabschluss.

Über die Bildung und der Höhe der Ermächtigungsübertragungen entscheidet der Kämmerer. Im Falle seiner Verhinderung entscheidet die Amtsleitung der Kämmerei.

Die Ermächtigungsübertragungen stellen eine Vorbelastung kommender Haushaltsjahre dar. Daher ist vor Beantragung der Mittelübertragung eine detaillierte Prüfung unerlässlich.

Werden Ermächtigungsübertragungen für Aufwendungen und Auszahlungen übertragen, erhöhen sie die entsprechenden Positionen im Haushaltsplan des folgenden Jahres.

Diese Regelung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. **Sie wird bereits bei der Erstellung des Jahresabschlusses 2020 berücksichtigt.**

Warendorf, den _____

Der Landrat
Dr. Olaf Gericke

Synopsis

Regelung vom 19.12.2012	Entwurf neue Regelung
Regelung über Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 GemHVO NRW	Regelung über Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 22 Abs. 1 KomHVO NRW
Der Haushaltsplan enthält Ermächtigungen, Aufwendungen einzugehen und Auszahlungen zu leisten. Sollten am Jahresende noch Mittel verfügbar sein, können diese Ermächtigungen nach folgenden Grundsätzen übertragen werden:	Unverändert
<p>1. Übertragung für konsumtive Aufwendungen</p> <p>Ermächtigungen für konsumtive Aufwendungen und die dazugehörigen Auszahlungen sind nur dann in das Folgejahr übertragbar, wenn durch das Fachamt nachgewiesen wird, dass der Auftrag über die Lieferung / Leistung bereits im Haushaltsjahr erfolgte. Sie bleiben nach Übertragung bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar.</p>	<p>1. Übertragung für konsumtive Aufwendungen</p> <p>Ermächtigungen für konsumtive Aufwendungen und die dazugehörigen Auszahlungen sind nur dann in das Folgejahr übertragbar, wenn durch das Fachamt nachgewiesen wird, dass der Auftrag über die Lieferung / Leistung bereits im Haushaltsjahr erfolgte. Sie bleiben nach Übertragung bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. Im Ausnahmefall (z. B. bei Aufwendungen für Förderprogramme) können die Mittel auch ohne einen Auftrag und für einen längeren Zeitraum übertragen werden.</p>
<p>2. Übertragungen für Investitionen</p> <p>Ermächtigungsübertragungen für Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen jedoch längstens 2 Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.</p> <p>Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben</p>	Unverändert

Regelung vom 19.12.2012	Entwurf neue Regelung
die Ermächtigungsübertragungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahres verfügbar.	
<p>3. Übertragungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung</p> <p>Sind Erträge oder Einzahlungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen zweckgebunden, bleiben die entsprechenden Ermächtigungsübertragungen zur Leistung von Aufwendungen bis zur Erfüllung des Zwecks und die Ermächtigungsübertragungen zur Leistung von Auszahlungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar.</p>	Unverändert
<p>4. Verfahren</p> <p>Ermächtigungsübertragungen nach den Nummern 1-3 sind schriftlich zu beantragen und zwingend zu begründen. Ebenfalls ist anzugeben, wann die Mittel voraussichtlich kassenwirksam ausgezahlt werden. Die Frist der Beantragung regelt die jeweilige Verfügung zum Jahresabschluss.</p> <p>Über die Bildung und der Höhe der Ermächtigungsübertragungen entscheidet der Kämmerer. Im Falle seiner Verhinderung entscheidet die Amtsleitung der Kämmerei.</p> <p>Die Ermächtigungsübertragungen stellen eine Vorbelastung kommender Haushaltsjahre dar. Daher ist vor Beantragung der Mittelübertragung eine detaillierte Prüfung unerlässlich.</p> <p>Werden Ermächtigungsübertragungen für Aufwendungen und Auszahlungen übertragen, erhöhen sie die entsprechenden Positionen im Haushaltsplan des folgenden Jahres.</p>	Unverändert
Diese Regelung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.	Diese Regelung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Sie wird bereits bei der Erstellung des Jahresabschlusses 2020 berücksichtigt.

Regelung vom 19.12.2012	Entwurf neue Regelung
<p>Warendorf, den 19.12.2012</p> <p>Der Landrat Dr. Olaf Gericke</p>	<p>Warendorf, den _____</p> <p>Der Landrat Dr. Olaf Gericke</p>

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Büro des Landrats	Nr. 161/2021
--	------------------------

Betreff:

Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat der WVG gem. § 108a GO NRW

Beratungsfolge	Termin
Kreisausschuss Berichterstattung: LR Dr. Gericke	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: LR Dr. Gericke	25.06.2021

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Kreises Warendorf bestellt gem. § 108a Abs. 3 GO NRW aus der anliegenden von den Beschäftigten der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH gewählten Vorschlagsliste die Arbeitnehmervertreter gem. Ziffer 4 Nrn. 1 - 6 in den Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH.
2. Für den Fall des Ausscheidens eines bestellten Arbeitnehmervertreters aus dem Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH bestellt der Kreistag des Kreises Warendorf bereits jetzt gem. § 108a Abs. 8 GO NRW aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der gewählten Vorschlagsliste als Nachfolger die Arbeitnehmervertreter gem. Ziffer 4 Nrn. 7 - 12 in der Reihenfolge der am meisten erhaltenen Stimmen für das jeweilige Unternehmen, dem das ausgeschiedene Mitglied angehört hat.
3. Der Geschäftsführer der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH wird angewiesen, die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter über ihre Wahl zu informieren.

Erläuterungen:

Die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der WVG endet gem. § 7 Abs. 7 des Gesellschaftsvertrages der WVG vom 21.11.2017 u.a. mit der Wahlperiode der sie bestellenden Vertretungskörperschaften. Die letzte Wahlperiode endete am 31.10.2020. Das ausscheidende Mitglied führt die Geschäfte bis zur Entsendung des neuen Mitglieds fort.

Für die neue Wahlperiode sind gemäß § 7 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages 6 Arbeitnehmervertreter aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens gewählten Vorschlagsliste nach Maßgabe des § 108a GO NRW in den Aufsichtsrat der WVG zu entsenden.

Die Beschäftigten der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH haben am 13.04.2021 die aus der Anlage ersichtliche Vorschlagsliste gewählt.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender Beschlüsse der Kreistage/Räte mindestens so vieler beteiligter Kreise/Städte/Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen repräsentiert wird. Da dieses Quorum allein schon von den an der WVG durch die Verkehrsunternehmen RVM, RLG, VKU und WLE beteiligten sieben Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf, Unna, Soest und Hochsauerlandkreis erreicht wird, kann auf die Beteiligung der darüber hinaus an der WVG beteiligten Städte/Gemeinden verzichtet werden.

Anlagen:

Wahlniederschrift AR WVG vom 13.04.2021

Wahlniederschrift

Bekanntmachung über das Ergebnis der Wahl der Vorschlagsliste der in den Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter/innen.

Der Wahlvorstand hat am 13.04.2021, 11:00 Uhr die öffentliche Stimmauszählung durchgeführt und folgende Ergebnisse festgestellt:

1. Abgegebene Stimmen 60
2. Gültige Stimmen 59
3. Auf die Bewerber entfielen:

Lfd. Nr.	Familiename	Vorname	Art der Beschäftigung im Betrieb	Anzahl Stimmen
1.	Goldbeck	Elena	Angestellte WVG	32
2.	Sandmann	Yvonne	Angestellte WVG	31
3.	Rissiek	Thomas	Angestellter WVG	33
4.	Otto	Matthias	Angestellter WVG	36
5.	Scheffer	Markus	Angestellter WVG	31
6.	Robers	Stefan	Angestellter WVG	23
7.	Frerichs	Carl-Heinz	Busfahrer RVM	25
8.	Barlach	Jürgen	Werkstattmitarbeiter RVM	8
9.	Taubert	Martina	Busfahrerin RLG	29
10.	Hohndorf	Ralf	Angestellter RLG	13
11.	Henrichs	Roland	Busfahrer VKU	16
12.	Boudlal	Tarek	Angestellter VKU	17
13.	Heße	Martin	Angestellter WLE	19
14.	Schulte	Michael	Bahnmeister WLE	12

4. Feststellung der für die Vorschlagsliste Gewählten gemäß § 108a GO NRW und dem Gesellschaftsvertrag der WVG (Stand 21.11.2017):

18 Aufsichtsratsmitglieder in der WVG

1/3 Arbeitnehmervertreter/innen = 6 (2 WVG und jeweils 1 RVM, RLG, VKU und WLE)

Mindestanzahl für die Vorschlagsliste = 12

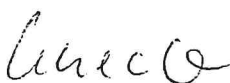
1.	Otto	Matthias	Angestellter WVG
2.	Rissiek	Thomas	Angestellter WVG
3.	Frerichs	Carl-Heinz	Busfahrer RVM
4.	Taubert	Martina	Busfahrer RLG
5.	Boudlal	Tarek	Angestellter VKU
6.	Heße	Martin	Angestellter WLE
7.	Goldbeck	Elena	Angestellte WVG
8.	Sandmann	Yvonne	Angestellte WVG
9.	Barlach	Jürgen	Werkstattmitarbeiter RVM
10.	Hohndorf	Ralf	Angestellter RLG
11.	Henrichs	Roland	Busfahrer VKU
12.	Schulte	Michael	Bahnmeister WLE

13.	Scheffer	Markus	Angestellter WVG
14.	Robers	Stefan	Angestellter WVG

Aufgrund von Stimmengleichheit wurde der Platz 8 zwischen Frau Sandmann und Herrn Scheffer ausgelost.

5. Während der Wahl ergaben sich keine besonderen Zwischenfälle oder Ereignisse.


 Vorsitzender Wahlvorstand


 Mitglieder Wahlvorstand

Antrag öffentlich

Federführendes Amt Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr	Nr. 170/2021
---	------------------------

Betreff:

Antrag der FWG – Die Kreistagsfraktion – auf Erarbeitung einer Resolution zum Thema
"Mehr Rechte den Kommunen bei der Verkehrsführung in ihren Orten"

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	14.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	25.06.2021

Erläuterungen:

Auf den beiliegenden Antrag der FWG-Kreistagsfraktion wird verwiesen.



Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

21. April 2021

FWG Kreis Warendorf e.V. –Die Kreistagsfraktion–Tulpenweg 4 – 59320Ennigerloh

Herrn

Landrat Dr. Olaf Gericke

Waldenburger Str. 1

48231 Warendorf

Antrag zur Beratung in den zugehörigen Fachausschüssen und im Kreistag

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

sehr geehrte Damen und Herren,

Unter dem Motto „Mehr Rechte den Kommunen bei der Verkehrsführung in ihren Orten“ sollte die Gestaltung der Verkehrsführung betrachtet werden.

Hintergrund:

Immer häufiger wundern sich Verkehrsteilnehmer über neue Schilder in den Ortsdurchfahrten. Wer z.B. die Ortsdurchfahrt Freckenhorst auf der L 547 passiert, findet vor allen Senioreneinrichtungen und Kindertagesstätten Tempo-30-Zonen. Die aktuelle Straßenverkehrsordnung lässt zur durchgängigen Tempo-30-Beschilderung keinen Raum. So sind die Verkehrsteilnehmenden gezwungen, sich an einem Schilderwald zu orientieren, der schon fast zu Verkehrsverstößen anregt.

Rat und Verwaltung der Stadt Warendorf haben in langer Vorarbeit ein Konzept erarbeitet, in dem durch Aneinanderreihung von Tempo 30-Zonen eine durchgängig gleichbleibende und sicherheitsoptimierende Geschwindigkeit erreicht werden könnte. (s. z.B. Pressebericht in Die Glocke v. 10.10.2019). Leider konnte dieser kreative Vorschlag nicht umgesetzt werden, da Straßen.NRW dazu eine rechtlich andere Beurteilung traf. Der Ist-Zustand ist so nicht zielführend.

Nicht nur der Ortsteil Freckenhorst, der als Beispiel zur Verdeutlichung der Problematik aufgeführt ist, ist Leidtragender einer veralteten Straßenverkehrsvorgabe. Zahlreiche andere Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf und überregional befassen sich mit dieser



Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

21. April 2021

Problematik. Leider sind die Kommunen in ihrem Mitspracherecht sehr eingeschränkt, so dass „Flicklösungen“ entstehen, die den guten Willen zur Optimierung konterkarieren.

Aus Sicht der FWG-Fraktion im Kreis Warendorf ist eine Überarbeitung der Gesetzgebung und eine größere Beteiligungsmöglichkeit/Mitspracherecht der lokalen Kommunen zielführend.

Auf Basis der vorgestellten Grundüberlegungen beantragt die FWG-Kreistagsfraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine gemeinsame Resolution des Kreistages, möglichst mit Einbindung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, an die Bundes- und Landesregierung für die Änderung der Straßenverkehrsordnung zur Ermöglichung der durchgängigen Regelgeschwindigkeit in Ortschaften mit folgenden Zielen vorzubereiten:

- **Die rechtlichen Grundlagen der Kommunen für eigenverantwortliche, sinnvolle örtliche Regelungen des Straßenverkehrs müssen deutlich optimiert werden.**
- **Die Geschwindigkeitszonen werden durchgehend geführt, so dass der Verkehrsfluss optimiert wird und die schwächeren Verkehrsteilnehmenden möglichst gefahrlos am Verkehr teilnehmen können.**
- **Ausnahmen werden dort ermöglicht, wo es sicher für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden, bzw. aus Gründen z.B. der Einhaltung der Hilfsfristen für Feuerwehr und Rettungskräfte erforderlich ist.**

Zur weiteren Information und Grundlage für die Resolution kann u.a. die Power-Point-Präsentation des Sachverständigenrates für Umweltfragen zum Thema „Für eine aktive und umweltfreundliche Stadtmobilität: Wandel ermöglichen“ unter Leitung von Prof. Dr. Claudia Kempfert, Leuphana Universität Lüneburg vom 10. November 2020 herangezogen werden.

https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2020_11_webinar_stadtmobilitaet.html

Mit freundlichen Grüßen

Dorothea Nienkemper

Fraktionsvorsitzende



Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

21. April 2021

Versand an:

Kreisverwaltung Warendorf

FWG-Fraktionsmitglieder und FWG-Vorsitzende

Presse

Antrag öffentlich

Federführendes Amt Sozialamt	Nr. 147/2021
--	------------------------

Betreff:

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für Soziales und Gesundheit Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	17.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	25.06.2021

Erläuterungen:

Auf den beiliegenden Antrag der FWG-Kreistagsfraktion wird verwiesen.

Anlagen:

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen



Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

27. Oktober 2020

FWG Kreis Warendorf e.V. –Die Kreistagsfraktion–Tulpenweg 4 – 59320Ennigerloh

Herrn

Landrat Dr. Olaf Gericke

Waldenburger Str. 1

48231 Warendorf

Antrag zur Beratung im Kreistag und in den zugehörigen Fachausschüssen

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

sehr geehrte Damen und Herren,

Krieg, politische Verfolgung, Angst weltweit verlassen Millionen Menschen ihr Heimatland und lassen dabei oft ihr ganzes bisheriges Leben zurück.

79,5 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung. Aus Syrien kommen etwa 75% aller Geflüchteten, gefolgt von Venezuela, Afghanistan, dem Südsudan und Myanmar.

Mehr als 9 Jahre nach dem Ausbruch der Konflikte in Syrien sind dort 6,2 Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht; 5,3 Millionen Menschen suchen Schutz in den Nachbarländern. Insgesamt sind dort 13 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. (Quelle: www.drk.de)

In unserer Gesellschaft verwenden wir häufig die Schlagwörter „Nachbarschaftshilfe“ und „Solidarität“. Diese sollten wir auch „leben“, aber nicht nur in unserem engsten Umkreis, sondern auch, wenn es um Menschen in bitterer Not in den Nachbarländern an den EU-Außengrenzen geht. In den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln leben Tausende in Zeltstädten, die für maximal 1/10 der Menschen errichtet wurden. Auch seit Ausbruch der Pandemie hat sich diese Situation nur geringfügig verbessert. Die aktuelle Situation ist weiterhin untragbar. Es fehlen die notwendigen Räume für Distanz, fließend Wasser für entsprechende Hygiene und sichere Rückzugsorte.



Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

27. Oktober 2020

Angesichts der nach wie vor untragbaren Situation beantragt die FWG-Fraktion Kreis Warendorf den Kreis Warendorf im Sinne der Forderungen der SEEBRÜCKE zum „Sicheren Hafen“ zu erklären, zusätzliche Flüchtlingsfamilien aufzunehmen und somit dem Beispiel zahlreicher Kommunen und Kreise in Deutschland zu folgen.

Das Bündnis SEEBRÜCKE hat sich am 13./14. Juni 2019 beim SEEBRÜCKE Kongress „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“ konstituiert.

Die FWG Kreis Warendorf beantragt:

- 1. Der Kreistag des Kreises Warendorf begrüßt alle Schritte in der EU, die dazu beitragen, ein europäisches Notfallrettungssystem, unter anderem für aus Seenot gerettete Flüchtlinge, weiter zu entwickeln.**
- 2. Der Kreistag stützt die Angebote der Kommunen, ohne Anrechnung auf die Quoten zur Erfüllung der Aufnahmeverpflichtung, weitere Flüchtlingsfamilien aufzunehmen, sofern eine angemessene Unterbringung gewährleistet werden kann; ggf. bis zu 5% oberhalb der Quote. Der Kreis Warendorf fordert Bund und Land auf, dieses Angebot anzunehmen und den entsprechenden finanziellen Ausgleich zu leisten.**
- 3. Der Kreistag fordert den Landrat auf, sich für die Entkriminalisierung von privaten Seenotrettungsinitiativen einzusetzen und schließt sich der sogenannten Potsdamer Erklärung, also dem Zusammenschluss der Städte und Kreise „Sicherer Hafen“ an. Der Kreis Warendorf unterstützt die Bereitschaft der Kommunen, als sicherer Hafen für geflüchtete Menschen, die aus Seenot gerettet wurden oder menschenunwürdig in Auffanglagern untergebracht sind.**
- 4. Der Kreistag betont, dass der Kreis Warendorf für eine bestmögliche Integration der geflüchteten Menschen beiträgt, indem alle notwendigen Ressourcen für ein menschenwürdiges Leben in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung, Bildung und Vermittlung in Arbeit – sofern rechtlich umsetzbar - zur Verfügung gestellt werden.**

Die FWG-Fraktion Kreis Warendorf sieht es als moralische Pflicht, öffentlich für Menschenrechte und -würde einzustehen und aktiv Unterstützung zu bieten. Menschen auf der Flucht benötigen nicht nur eine Unterkunft, sondern auch einen Ort der Zuflucht, sowie die Chance anzukommen, sich zu integrieren und Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.

www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

27. Oktober 2020

Dorothea Nienkemper

Fraktionsvorsitzende

Versand an:

Kreis Warendorf

FWG-Vorsitzende

Presse

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Büro des Landrats	Nr. 112/2021/1
--	--------------------------

Betreff:

Anträge der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen

Beratungsfolge	Termin
Kreisausschuss Berichterstattung: LR Dr. Gericke	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: LR Dr. Gericke	25.06.2021

Beschlussvorschlag:

Auf die anliegenden Anträge „Umbesetzung von Ausschüssen“ von der AfD-Kreistagsgruppe vom 26.03.2021 und 07.05.2021 wird verwiesen.

Erläuterungen:

Der Antrag vom 26.03.2021 wurde im Kreistag am 07.05.2021 nicht abschließend beraten, sondern auf Grund von Klärungsbedarf vertagt. Am 07.05.2021 wurde ein weiterer Umsetzungsantrag von der AfD-Kreistagsgruppe eingereicht. Beide Anträge liegen als Anlage bei und sind Grundlage der Ergänzungsvorlage.

Anlagen:

Umbesetzungen von Ausschüssen - Antrag vom 07.05.2021

Umbesetzungen von Ausschüssen - Antrag vom 26.03.2021

AfD im Kreistag Warendorf, Postfach 1117,
48318 Sendenhorst

Kreis Warendorf
Herr Landrat Dr. Gericke
Waldenburger Straße 2
48321 Warendorf



Datum
26.03.2021

Antrag Umbesetzung von Ausschüssen

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

wir beantragen hiermit die nachfolgenden Änderungen in der Besetzung:

Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

Bisher: Dr. Klaus Blex

Neu: Dennis Dinter

Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien - **Stellvertreter**

Bisher: Dennis Dinter

Neu: Sylvia Rust

Beirat Menschen mit Behinderungen

Bisher: Dr. Klaus Blex

Neu: Sylvia Rust

Beirat Jobcenter

Bisher: Dr. Klaus Blex

Neu: Sylvia Rust

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Blex
Fraktionsvorsitzender

AfD im Kreistag Warendorf, Postfach 1117,
48318 Sendenhorst

Kreis Warendorf
Herr Landrat Dr. Gericke
Waldenburger Straße 2
48321 Warendorf



Datum
07.05.2021

Antrag Umbesetzung von Ausschüssen

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

wir beantragen hiermit die nachfolgenden Änderungen in der Besetzung:

Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft und Gleichstellung

Bisher: Daniel Hock
Neu: Ludger Meyer

Ausschuss für Digitalisierung - **Stellvertreter**

Bisher: Daniel Hock
Neu: Ludger Meyer

Rechnungsprüfungsausschuss - **Stellvertreter**

Bisher: Daniel Hock
Neu: Dennis Dinter

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Blex
Fraktionsvorsitzender

